

Aus Sorge um den Frieden

Aus Sorge um den Frieden und mit Blick auf die anhaltend kritische Lage in der und um die Ukraine wenden wir uns an Bundesregierung, Parlament und Öffentlichkeit mit der dringenden Bitte: Lassen Sie nicht zu, dass der Kampf um die Ukraine zu einem Stellvertreterkrieg zwischen „dem Westen“ und Russland eskaliert!

Hundert Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges befindet sich die Welt in einer selbstverschuldeten gefährlichen Lage, in der sogar mit der Möglichkeit eines erneuten globalen Krieges gespielt wird. Es ist höchste Zeit, dass alle Menschen, die guten Willens und am Frieden interessiert sind, dem verantwortungslosen Kampf um Einflussphären, Gaspipelines und geostrategische Positionen Einhalt gebieten. Wirtschaftssanktionen und andere „Strafmaßnahmen“ der USA, der EU und Deutschlands gegenüber Russland sind ein untaugliches Mittel zur Deeskalation, zumal der Westen selbst nicht in der Lage oder Willens ist, seine Verbündeten in der Kiewer „Übergangsregierung“ zur Einhaltung der ausgehandelten Verträge, zuletzt der Genfer Vereinbarung, zu bewegen. Sanktionen versperren den Weg zu Gesprächen und Kompromissen und wirken somit krisenverschärfend.

In der Pariser Grundakte über Gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen NATO und Russland vom Mai 1997 haben sich beide Seiten verpflichtet, „gemeinsam im euro-atlantischen Raum einen dauerhaften und umfassenden Frieden“ zu schaffen. „Die NATO und Russland betrachten einander nicht als Gegner. Sie verfolgen gemeinsam das Ziel, die Spuren der früheren Konfrontation und Konkurrenz zu beseitigen“, heißt es dort. Beide Seiten strebten „ein Europa ohne Trennlinien oder Einflussphären“ an, die die Souveränität irgendeines Staates einschränken. „Ungelöste Gebietsstreitigkeiten, die eine Bedrohung für unser aller Frieden, Wohlstand und Stabilität darstellen“, sowie andere „Meinungsverschiedenheiten“ sollten auf der Grundlage des „gegenseitigen Respekts im Rahmen politischer Konsultationen“ beigelegt werden.

Zwei Jahre später öffnete die Nato mit ihrem ohne UN-Mandat und gegen den russischen Willen geführten Krieg gegen Serbien die Büchse der Pandora. Auch die vom Westen geführten Kriege in Afghanistan, Irak und Libyen haben - bei katastrophalen Opfern unter der einheimischen Zivilbevölkerung - ihre selbstgesteckten Ziele gründlich verfehlt. Kriege lösen keine Probleme - ein weiterer Beweis dafür ist mehr als entbehrlich.

Die hemmungslose Osterweiterung der NATO, die seit Jahren über ihre Grenzen hinausgreift und zur Ukraine enge Beziehungen aufbaut, ist nicht von dem Russland zugesagten Respekt getragen. In der Pariser „Grundakte“ wurde noch lobend hervorgehoben, dass Russland „tiefe Einschnitte in seine Streitkräfte vorgenommen“ und „in beispielloser Weise Truppen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den baltischen Staaten abgezogen“ habe. Aber das tat Russland doch nicht, damit die NATO nun ihrerseits sich in diesen Ländern festsetzt und ihre Grenzen bis unmittelbar an die Russische Föderation ausdehnt!

Wie der Website von Jazenjuks Stiftung „Open Ukraine“ zu entnehmen ist, haben das US-Außenministerium und die Nato seit Jahren Aktivitäten finanziert, die der ökonomischen und militärischen Annäherung an den Westen dienen. Vor diesem Hintergrund sind die Vorgänge um die Krim mit Vorwürfen wie den Begriffen „Annexion“ oder „Invasion“ an die Adresse Moskaus nicht hinreichend beschrieben. Statt die Ukraine in unlösbare Alternativen zwischen Eurasischer Union und Europäischer Union zu treiben und sich mit gegenseitigen Schuldzuweisungen zu überbieten, sollten beide Seiten und alle um den Frieden Besorgten neu darüber nachdenken, wie in der heutigen Staatenwelt vermehrt auftretende Spannungsverhältnisse zwischen der territorialen Unverletzlichkeit von Staaten und dem Selbstbestimmungsrecht von Bevölkerungen und Minderheiten friedlich zu lösen sind.

Hören wir auf, ständig an der Ukraine herumzuzerren! Niemand ist berechtigt, sein Gesellschaftsmodell anderen Staaten zu oktroyieren. Es kann nicht hingenommen werden, dass sich eine Politik zugunsten von reichen Minderheiten auf Kosten einer dramatischen sozialen Spaltung der Weltbevölkerung ausweitet. Es wäre ein Verbrechen, dafür den Weltfrieden zu gefährden. Wehren wir uns, bevor es erneut zu spät ist!

Von der Bundesregierung verlangen wir, dass sie eine Politik zum Abbau der aufgebauten Spannungen und zur Deeskalation der militärischen Konfrontation betreibt. Wir setzen auf gemeinsame Sicherheit: In den internationalen Beziehungen, insbesondere in den historisch so belasteten Beziehungen zwischen dem Westen und Russland, müssen die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Staaten des „gemeinsamen Hauses Europa“ Berücksichtigung finden.

Wir fordern von Politik und Medien, die Nato-Staaten und Russland daran zu messen, wie sie die von beiden Seiten unterzeichnete Pariser Grundakte einhalten. Die Verantwortung der Medien liegt in sachgerechter Berichterstattung und rhetorischer Abrüstung. Der Rückfall in alte Feindbilder schürt den überwunden geglaubten Kalten Krieg.

Wir fordern den Stopp von ökonomischen "Strafmaßnahmen", die letztlich auf Kosten der Lebensbedingungen der Völker gehen und nicht nur in der Ukraine Rechtsextremen in die Hände arbeiten.

Wir fordern alle diplomatischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Konflikte in der Ukraine zu lösen. Die baldige Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Einbeziehung der Konfliktparteien könnte deeskalierend wirken und Vertrauen schaffen.

Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation

Erstunterzeichner/innen:

Dietrich Antelmann, Berlin, Kameralist
Martin Bartels, Usedom , Theologe
Dr. Peter Bathke, Bad Kreuznach, Politologe
Dr. Rudolph Bauer, Bremen, Prof. i.R.
Prof. Dr. Jörg Becker, Solingen, Politikwissenschaftler
PD Dr. Johannes M. Becker, Marburg, Friedensforscher
Rolf Becker, Hamburg, Schauspieler
Dr. Christoph Bialluch, Berlin, Psychologe
Prof. Dr. Dieter Boris, Marburg, Sozialwissenschaftler
Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder, Berlin, Psychologe
Heinrich Bücken, Coop Antikriegscafe Berlin
Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach, Friedensforscher
Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Köln, Sozialwissenschaftler
Murat Çakir, Kassel, Leiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen
Manfred Coppik, Offenbach , Rechtsanwalt
Daniela Dahn, Berlin, Schriftstellerin
Prof. Reiner Diederich, Vorstand der Kunstgesellschaft Frankfurt a.M.
Wiebke Diehl, Berlin, Islamwissenschaftlerin
Hartmut Drewes, Bremen, Pastor i.R.
Kai Ehlers, Hamburg, Journalist
Prof. Dr. Ludwig Elm, Jena, Historiker
Prof. Dr. Andreas Fisahn, Bielefeld, Rechtswissenschaftler
Georg Fülberth, Marburg, Politikwissenschaftler
Ulrich Gellermann, Berlin, Herausgeber der „Rationalgalerie“
Willi Gerns, Bremen, Journalist
Moritz Girolstein, Gießen, Psychologe
David Goeßmann, kontext.tv
Dr. Rolf Gössner, Bremen, Vizepräsident der Int. Liga für Menschenrechte
Prof. Dr. med. Ulrich Gottstein, Frankfurt a.M., Ehrenvorstandsmitglied der IPPNW
Victor Grossman, Berlin, Journalist
Joachim Guilliard, Heidelberg, IT-Berater
Angela Hampel, Dresden, Malerin
Dr. Jürgen Harrer, Köln, Verleger
Jörg Heinel, Politikwissenschaftler, Gewerkschaftssekretär
Lühr Henken, Berlin, Bundesausschuss Friedensratschlag
Rolf Herbertz, Kassel, Musiker
Christof Herzog, Berlin, Komponist
Uwe Hirsch, Berlin, Stellv. Landesvorsitzender der Naturfreunde Berlin
Ute Hinkeldein, Erfurt, Thüringer Friedenskoordination
Dieter Hooge, Frankfurt a.M., ehem. DGB-Vorsitzender Hessen
Willi Hoffmeister, Dortmund, Ostermarsch Rhein-Ruhr
Klaus Ihlau, Berlin, Journalist
Monika Jowanowitsch, Frankfurt a.M., Gewerkschafterin
Jutta Kausch, Berlin, Schauspielerin

Dr. Sabine Kebir, Berlin, Autorin
Prof. Dr. Wilhelm Kempf, Konstanz, Friedensforscher
Prof. Dr. Arno Klönne, Paderborn, Sozialwissenschaftler
Prof. Dr. Michael Klundt, Magdeburg, Politikwissenschaftler
Hans Kroha, Seligenstadt, Gewerkschafter
Christine Kühnl-Sager, stellv. Vorsitzende des „Aktiven Museums“ Berlin
Dieter Lachenmayer, Stuttgart, Friedensnetz Baden-Württemberg
Reinhard Lauterbach, Berlin, Redakteur
Dr. André Leisewitz, Frankfurt a.M., Redakteur
Ekkehard Lenz, Sprecher des Bremer Friedensforums
Irina Liebmann, Berlin, Schriftstellerin
Bernd Meimberg, Sirkfelde, Friedensbewegung Schleswig Holstein
Wolfgang Neskovic, Lübeck, Bundesrichter a.D.
Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg, Völkerrechtler
Klaus Pickshaus, Frankfurt a.M., Gewerkschaftssekretär
Wilfried Riese-Girolstein, Alsbach, Psychologe
Prof. Wolfgang Richter, Dortmund, Architekt
Clemens Ronnefeldt, Freising, Friedensreferent des Versöhnungsbunds
Wiltrud Rösch-Metzler, Stuttgart, Bundesvorsitzende von pax christi
Walter van Rossum, , Köln , Publizist
Prof. Dr. Werner Ruf, Edermünde, Politikwissenschaftler
Dr. Werner Rügemer, Köln, Publizist
Udo Rzadkowski, Berlin, Lehrer
Monty Schädel, Waren (Müritz), Bundesgeschäftsführer der DFG-VK
Gerhard Schäfer, Berlin, Sozialwissenschaftler
Fabian Scheidler, kontext.tv
Torsten Schleip, Leipzig, Lehrer
Horst Schmitthener, Niedernhausen, Gewerkschafter
Michael Schneider, Berlin, Schriftsteller
Dr. Ulrich Schneider, Kassel, Historiker
Friedrich Schorlemmer, Wittenberg, Theologe und Autor
Thomas Schriever, Berlin, Architekt
Ingo Schulze, Berlin, Schriftsteller
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Berlin, Sozialwissenschaftlerin
Prof. Dr. Hans See, Maintal, BCC-Business Crime Control
Heinz-Peter Seidel, Berlin, Musikwissenschaftler
Clemens Selzer, Bad Homburg, Gewerkschafter
Martin Singe, Bonn, Theologe
Prof. Dr. Gerd Sommer, Marburg, Psychologe
Dr. Urte Sperling, Marburg, Sozialwissenschaftlerin
Eckart Spoo, Berlin, Journalist
Benno Stahn, Sprecher des Kieler Friedensforums
Mani Stenner, Bonn, Netzwerk Friedenskooperative
Dr. theol. Hans Christoph Stoodt, Frankfurt a.M., Anti-Nazi-Koordination
Dr. Peter Strutynski, Kassel, Friedensforscher, Bundesausschuss Friedensratschlag
Brigitte Strutzyk, Berlin, Schriftstellerin

Horst Trapp, Frankfurt a.M., Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

Peter Vonnahme, Kaufering, Richter i.R.

Jutta Wachowiak, Potsdam, Schauspielerin

Jürgen Wagner, Tübingen, IMI e.V.

Christa Weber, Berlin, Autorin und Schauspielerin

Konstantin Wecker, München, Liedermacher

Laura von Wimmersperg, Moderatorin der Berliner Friedenskoordination

Prof. Dr. Jörg Wollenberg, Bremen, Historiker

Ewald Ziegler, Nürnberger Friedensforum